



Medienmitteilung

Zürich, 25. November 2011

7. Aktion der tibetischen Zweijahres-Kampagne für eine UN-Untersuchungsmission nach Tibet „Kämpfen für die Rechte der Frauen“

Die 7. Aktion wird am 28. November 2011 von 11:00 bis 16:00 auf dem Place des Nations stattfinden. Tibeter und Tibeterinnen werden auf die grassierenden Verletzungen der Rechte der Frau in Tibet aufmerksam machen.

Am 30. Mai begannen Tibeter und Unterstützer mit einer zweijährigen Kampagne, die an die UN appelliert, eine unabhängige Untersuchungsmission nach Tibet zu entsenden.

Über Jahrzehnte hat die chinesische Regierung eine systematisch geplante Politik der Diskriminierung und Gewalt in allen Lebensbereichen gegen tibetische Frauen betrieben. Frauen sind ungesetzlichen, erzwungenen und gewaltsamen Methoden der „Geburtenkontrolle“ ausgesetzt. Tibetischen Frauen wird das Recht auf selbstbestimmten Kinderwunsch vorenthalten, und sie werden in einer alarmierenden Häufigkeit zur Sterilisierung gezwungen. Unfreiwillige Abtreibungen, Drohungen, Strafen und Bussen für „nicht autorisierte“ Kinder verletzen in gravierendem Masse die Rechte der Frauen in Tibet. Diese Gräueltaten müssen als Versuch gewertet werden, die tibetische Volksgruppe in ihrer Zahl zu vermindern. Diese Massnahmen verletzen nicht nur die Verfassung der Volksrepublik China und mehrere internationale Konventionen, sondern stellen Völkermord dar.

Sterilisierungen sind nicht nur gegen den Willen der Frauen vorgenommen worden, sondern auch ohne deren Wissen während anderer chirurgischer Eingriffe. Nicht selten werden diese Prozeduren von unqualifiziertem medizinischem Personal durchgeführt, mit dem Ergebnis von bleibenden Gesundheitsschäden oder sogar Todesfällen. Abtreibungen, oder andere Prozeduren, die in Fehlgeburten resultieren, werden bis in die späte Schwangerschaft vorgenommen. Auch solche Frauen, die das „Glück“ hatten, von solchen Eingriffen verschont zu bleiben, sind Zwangsmassnahmen zur Geburtenkontrolle ausgesetzt, wie hohen Strafen, Ausschluss von Schulerziehung, Verweigerung von Rationskarten für Lebensmittel oder Eigentumsrechten.

Tibetische Frauen machen etwa ein Drittel der politischen Gefangenen in Tibet aus. Folter und Misshandlung von Frauen in Gefangenschaft sind weit verbreitet, und sexueller Missbrauch und Vergewaltigung werden regelmässig berichtet. Häufig verwendete Foltermethoden bestehen aus Elektroschocks mit geladenen Viehtreiberstöcken auf die Genitalien, Attacken durch aggressiv gemachte Hunde und andere sexuelle Übergriffe.

Frauen wird auch ihr Recht auf freie Ausübung der Religion vorenthalten. Verhaftungen von Nonnen wegen friedlicher und legaler Aktivitäten, sowie Ausweisung aus religiösen Institutionen sind häufig. Novizinnen unter 16 Jahren werden oft aus ihren Klöstern weggewiesen und müssen in ihre Heimatdörfer zurückkehren. Nonnen, die den Anweisungen der „Arbeitsteams“ der Regierung in ihren Klöstern nicht Folge leisten, müssen sich auf Ausweisung, Verhöre und Misshandlungen gefasst machen, und in einigen Fällen drohte die Regierung sogar mit Beschlagnahme des Familienbesitzes. Allein in den vergangenen Wochen haben zwei Nonnen keinen anderen Weg gesehen, als sich aus Verzweiflung selbst zu verbrennen.

Wir fordern die Vereinten Nationen auf, ihre Verantwortung unmittelbar wahrzunehmen und eine Untersuchungsmission mit ungehindertem Zugang nach Tibet zu senden und auf die chinesische Regierung einzuwirken, um die Gräueltaten gegen tibetische Frauen zu beenden.

Kontakt: Tsering Shawa 076 423 54 24 oder Namgyal Gangshontsang 076 388 21 33 www.tibetswiss.ch